Dialektik der Privatisierung. Zu einigen sozialen Nebenfolgen des Rückbaus des Öffentlichen

Christoph Henning

Vorbemerkung

Die Zukunft des Öffentlichen ist unsicher. Das liegt schon allein daran, dass auf den zweiten Blick gar nicht so klar ist, was „das Öffentliche“ eigentlich ist. Es gibt mindestens zwei große semantische Felder, die durch den Gegensatz öffentlich/privat abgesteckt werden. Da ist zum einen die Dimension von Politik versus Wirtschaft, von Staat versus Markt, von privater versus öffentlicher Finanzierung. Privatisierung bedeutet hier: Übergang von öffentlicher in private Trägerschaft, oder schlicht: *Vermarktlichung*.¹ Und es gibt zum anderen die persönliche Intimsphäre, das Privatleben, gegenüber der Öffentlichkeit, dem öffentlichen Leben auf der Straße, auf dem Markt oder in den Medien. „Öffentlicher Raum“ in diesem Sinne findet sich auch in privat betriebenen Unternehmungen wie etwa in Shopping Malls, und in diesem Sinne sprechen wir auch von privaten Rückzugsräumen oder von Veröffentlichung (*go public*).

Schon hier wird deutlich, dass sich diese beiden Ebenen nicht sauber auseinander dividieren lassen, als ob sich das öffentliche Leben nur im öffentlichen Sektor abspielte, während der privatwirtschaftliche Sektor nur von privatem und nicht von öffentlichem Interesse sei. Beide Dimensionen überschneiden sich: Man kann sein Privatleben sehr wohl öffentlich machen, wie es etwa „celebrities“ tun (oder tun müssen, vgl. Engell 1992: 114, 122). Die Mimikry des Normalpublikums hingegen, das öffentliche Coming-out, vollzieht sich nicht selten im Privatsender, im sog. „Unterschichtenfernsehen“. Es ist keineswegs eine nur sprachliche Unklarheit, die sich hier manifestiert, sondern es liegt in der Sache selbst, dass sich keine klare Trennung ziehen lässt – die Dimensionen überschneiden sich zu sehr.² Sie hängen auf noch zu erörternde Weise zusammen; dennoch müssen sie analytisch zunächst unterschieden werden.

1 Es liegt übrigens nicht an den Gütern selbst, ob sie privat oder öffentlich hergestellt oder verteilt werden (cf. Demsetz 2002); dies ist eine politische Grundsatzentscheidung und verhält sich in verschiedenen Regionen unterschiedlich. Wenn wir wollen, dass Gesundheit, Erreichbarkeit oder Ruhe „öffentliche Güter“ sind, dann können wir sie dazu *machen*, es ist nicht an den Ökonomen, das zu entscheiden, sie können es nur *ex post* feststellen.

2 Schon bei Habermas (1962) überkreuzen sich die Dimensionen: aus seiner (damals noch holzschnittartig geschichtsphilosophischen) Sicht war für eine funktionierende bürgerliche Öffent-

Die vorliegenden Zeilen wollen in essayistischer Form einige Thesen dazu vorstellen. Zunächst gilt es darzulegen, dass sich im ersten semantischen Bereich, der öffentlichen *Trägerschaft*, ein Rückbau verzeichnen lässt (1). Dieser hat, wie zu zeigen ist, gravierende Folgen für den anderen semantischen Bereich, dem öffentlichen und privaten *Leben*. Diese These ist nicht neu, sie wird darum nicht breit ausgefaltet, sondern nur kurz in ihren Varianten benannt, um dann zunächst eine Forschungsfrage zu skizzieren, die Gegenstand eines Forschungsprojektes ist, das im Rahmen des Seminars „Interdisciplinary Case Studies: Theories of Emotion“ sattgefunden hat. Es geht um die Frage, ob sich in den durch die Privatisierung befreiten Subjekten (im „Selbst“) tatsächlich Herrschaftsdispositive freilegen lassen, wie dies im Anschluss an Foucault in einigen Forschungszweigen behauptet wird (2). Gesucht danach wird in gegenwärtigen „Gefühlsskripten“ und -Diskursen, deren paradoxe Natur dann Ursache für soziales und individuelles Leiden sein könnte.³ Ob in einer Gesellschaft mit schwindendem öffentlichem Sektor „private“ Praxen im doppelten Sinne als Widerstandspotential gegen die drohende Entdemokratisierung taugen, wird dann im Bereich des Konsums überprüft (3).⁴ Beide Überlegungen über soziale Privatisierung legen nahe, dass es im Interesse einer „Zukunft des Öffentlichen“ Schutzzonen vor einer allzu weit getriebenen Privatisierung geben muss (vgl. Bollier 2002).

1. Privatisierung des Privaten: Zur Dialektik der Entstaatlichung

Es ist kein Geheimnis, dass das Öffentliche im Sinne der Trägerschaft seit zwei Jahrzehnten auf dem Rückzug ist (Allmendinger 2003). Was das für die wirtschaftliche Ebene bedeutet, ist inzwischen absehbar: die Privatisierung öffentlicher Güter hat zwar neue Märkte geschaffen und immense Massen von Reichtum akkumuliert, bislang aber nicht den erwünschten gesamtwirtschaftlichen

lichkeit die Privatsphäre die Grundbedingung. Erst aus ihrem Schutz konnten sich die Bürger aktiv politisch einbringen. Als das Privatleben durch Konsumismus passivistisch erlahmte, war es für den konsumkritischen Habermas um die republikanisch gemalte Öffentlichkeit geschehen. Der private Sektor, sprich: der Markt, hat das öffentliche Leben *behindert*. Die Diagnose von Sennett (1976) hingegen war, dass das öffentliche Leben nicht durch zuwenig, sondern durch zuviel Privatleben (durch die „Tyrannei der Intimität“, siehe Lasch 1979) minimiert worden sei. Hirschman (1982) sah schließlich einen endogenen Zyklus zwischen mehr und weniger öffentlichem Engagement, las den Markt aber ebenfalls als ein Hindernis für politische Betätigung (siehe so noch Ritzer 2005).

3 Der Verweis auf sprachloses „Leiden“ ist mittlerweile die Instanz geworden, mit der kritische Theorie sich vor ihren traditionellen Vettern *als* kritische legitimiert (siehe Honneth 2002).

4 Siehe www.zeppelin-university.de/consum sowie Stehr/Henning/Weiler (2006).

Aufschwung gebracht.⁵ Zumindest *ein* Nebeneffekt ist indes sicher: es gibt eine massive Umverteilung von unten nach oben (Noll 2005, Henning 2006d). Die dennoch weiter sinkende Besteuerung starker Schultern führt zugleich zu einer Finanzkrise des Staates.⁶ Der Staat stößt Sektoren ab, weil er sie sich nicht mehr leisten kann; der private Sektor übernimmt zumindest die profitablen davon gern, weil hier mögliche Gewinne in Aussicht stehen, wenn diese Sektoren profitorientiert betrieben (oder „weiter verhökert“) werden. Der Rest wird auf „private“ Schultern im anderen Sinne verteilt: die Individuen müssen sehen, wie sie damit zu Rande kommen: es gilt, heißt es dann, die „Eigenverantwortung“ zu stärken.

Aus beiden Gründen schwindet der öffentliche Sektor in vielen Bereichen, wir haben es mit einer umfassenden und nie gekannten Vermarktlichung – eben: Privatisierung – vormals öffentlicher Güter zu tun. Gesundheit, Ausbildung, soziale Sicherheit sind zu Waren geworden. Dies betrifft neuerdings sogar traditionelles und indigenes Wissen, Gensequenzen von Lebewesen, Rohstoffe wie Wasser (Reimon 2003: 74ff.) oder auch Firmenanteile oder gar ganze Firmen, im In- und Ausland. Diese massive Vermarktlichung – die zugleich, mit einem Kunstwort gesagt, eine „Entöffentlichung“ ist – stellt eine soziale Transformation historischen Ausmaßes dar, deren Folgen sich eben erst abzeichnen.

Über die ökonomischen wie über die sozialen und kulturellen Auswirkungen dieser Umstrukturierung – eines makrosozialen *re-engineering* – kann man geteilter Meinung sein. Es zeichnet sich ab, dass es zwar einige Gewinner, aber weit mehr Verlierer gibt; national wie international (Henning 2006a). Längst nicht alles ging rechtens zu (Rügemer 2005), die Aneignungsweisen nehmen zuweilen sogar beängstigend kriminelle Formen an (Zeller 2004). Doch um diese Debatten soll es hier nicht gehen (vgl. Rügemer und Zeller in Henning 2006b). An dieser Stelle wollen wir vielmehr der Frage nachgehen, was diese Privatisierung eigentlich für die *andere* semantische Dimension von öffentlich und privat, also für das öffentliche Leben und für die private Sphäre bedeutet. Gibt es nicht auch eine Privatisierung des Privaten? Wenn ja, was bedeutet diese eigentlich für das soziale – also auch das öffentliche – Zusammenleben?

Die These ist, dass es gerade aufgrund der Zusammengehörigkeit beider Bereiche ungewollt zu einer gegenläufigen Bewegung kommt, mit einem dialektischen Resultat. Das unter der Hand sich einstellende Nebenergebnis der Privatisierung öffentlicher Güter, der *Ausweitung* der privaten Sphäre im ökonomischen Sinne, ist ein *Schwinden* der privaten Sphäre im persönlichen Sinne. Das

5 Glaubt man Dumenil/Levy (2005), so war das auch nie das Ziel des „neoliberalen“ Projektes.

6 Zur Gemachtheit der Finanzkrise des Öffentlichen siehe Müller (2004), Giegold (2005).

ist die zu umreißende Dialektik der Privatisierung. Zwei Manifestationen dieser Dialektik werden im Folgenden kurz vorgestellt: es geht um die gewandelte Rolle der Gefühle einerseits, um Konsum als Politikum andererseits.

2. Das intime Simulakrum.

Der Zwang zur öffentlichen Gefühlssimulation

Weite Bereiche der vormals „machtgeschützten Innerlichkeit“ (Thomas Mann) sind heute weniger institutionell eingebettet und rechtlich gehütet als zuvor. Das private Leben wird immer durchsichtiger, der Zugriff organisierter Akteure auf die Individuen jenseits demokratischer Legitimationsmuster wird ausgeweitet, sprich: das Private wird immer öffentlicher (Hildebrandt 2006). Doch was finden wir in diesem öffentlichen Raum? Immer weniger „öffentliche“ Akteure im ökonomischen Sinne, sondern stattdessen „private“ Firmen, also: den Markt, der sich im Gegenzug ausweitet. Die Macht großer Corporations ist in den letzten Jahrzehnten ebenso gewachsen, wie die Macht traditioneller Institutionen gesunken ist (Bakan 2004). Das Privatleben ist dadurch – so die These – einer weitgehenden „Kommerzialisierung“ preisgegeben, einer *Kommerzialisierung des intimen Lebens*, mit Arlie Hochschild (2003) gesprochen. Das Private ist damit wieder politisch geworden, aber anders, als dieser Slogan einst gemeint war.

Mit dem Rückbau staatlicher Strukturen und der Privatisierung öffentlicher Sektoren geht also eine Freisetzung der Individuen aus gewohnten Sicherungen einher. Eine Dialektik ist deutlich sichtbar: Einerseits gibt es einen Freiheitsgewinn, der von vielen begrüßt wird, andererseits erzeugt dies neue Zwänge, da sich die Einzelnen nun wieder verstärkt Marktzwängen ausgesetzt sehen – denn was jenseits des Öffentlichen im Sinne des Staates auf die Individuen wartet, ist nicht Nichts, also keine unbegrenzte Freiheit, sondern das Private im Sinne des privaten *Sektors*, auf dem zwar weniger reglementiert ist, wo aber nach wie vor Zwänge herrschen; existentiellere und unvorhersehbare sogar. Das Subjekt kommt also vom Regen in die Traufe, es kann davon profitieren, gewaltig sogar; es kann allerdings auch gänzlich durch alle Netze fallen. Niemand weiß es.

Eine solche Substitution öffentlicher (politischer) durch private (wirtschaftliche) Zwänge gab es inzwischen in den verschiedensten Bereichen. Es wäre ein müßiges Geschäft, einem dieser Bereiche eine kausale Primärfunktion zuzuschreiben. Es geht eher darum, die neue Konstellation als Gesamtphänomen zu erfassen, denn es gibt sehr wohl ein gemeinsames Signum: wir haben es mit einer Resubjektivierung, einer Neubewertung von individuellen Unterschieden, Kreativitätspotentialen und Authentizitätssehnsüchten zu tun, die aber gleich-

wohl eingespannt sind in neue Machtfelder – oder besser gesagt: in ziemlich alte, denn es ist niemand anders als der „gute alte Kapitalismus, dessen Fratze sich hier zeigt“. Das führt zugleich auch zu einer Umstellung der Semantik: wird das Subjekt der Adressat, kehrt auch eine individuelle Zurechnung zurück (eine „Moralisierung“), die in den Zeiten des Glaubens an feste Institutionen hinter einem generalisierten „Systemvertrauen“ (Luhmann 1968) hatte zurückstehen müssen.

Ulrich Beck hat viele dieser Entwicklungen früh und treffend erfasst. Liest man seine *Risikogesellschaft* (1986) nach zwanzig Jahren erneut, lassen sich, abgesehen von der unpräzisen und unnötigen geschichtsphilosophischen Aufbauschung dieser Beobachtungen als „reflexive Moderne“, erstaunliche viele Prognosen von damals bestätigen. Zunächst gibt es, wie schon die Wertewandelforschung festgestellt hatte, einen Trend hin zu einer postmaterialistischen Einstellung, in der auf der Basis von Wohlstand Selbstverwirklichung zum dominanten Motiv wird (Beck 1986: 205ff.). Dem parallel läuft eine „Entstandardisierung“ in der Arbeitsorganisation (Beck 1986: 220ff.). Die institutionalisierten Lebensläufe schwinden, alles ist nun flexibilisiert und jeder *hat* flexibel zu sein (siehe populär Sennett 1998). Dies bringt für Einige Vorteile, für die Mehrzahl der Menschen weltweit allerdings auch bislang eher fragwürdige Resultate mit sich – aufgrund ihrer mangelnden „Marktfähigkeit“ und der zugleich gesunkenen Macht sozialer Akteure, aus dieser Ausgrenzung noch politisch Kapital zu schlagen. Denn zum neuen Vergesellschaftungsmodus – man kann diesen gestrost „Neoliberalismus“ nennen – gehört auch ein Schwinden bisheriger politischer Pfade zugunsten einer demokratisch nicht legitimierten „Subpolitik“ (Beck 1986: 300ff.) durch organisierte Akteure, vor allem in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Diese erzeugen Sachzwänge, über die – wenn überhaupt – erst *nachträglich* vom Parlament entschieden wird. Regieren wird zum reagieren.

Einher mit dem Rückbau öffentlicher Sektoren und der Wiederentdeckung des Subjektes geht eine Veränderung der Managementmethoden (Boltanski 2003), die die freigesetzten Individualitätspotentiale geschickt einzubinden versteht (cf. Honneth 2002: 151f.): Kreativitätspotentiale, die zuvor in der Freizeit und jenseits des öffentlichen Bereiches von Arbeit und Politik ausgelebt wurden (Habermas 1958, Küng 1971), sind nun Teil des Anforderungsprofils geworden: Eigenverantwortung, Mobilität, Flexibilität, Kreativität und dergleichen *sollen* heute zumindest in vielen Jobs von Wichtigkeit sein. Der Umschwung in den Managementmoden und der Arbeitsorganisation ist seither oft beschrieben worden. Doch was bedeutet diese veränderte Anforderung für die Individuen? Wie gelingt es eigentlich, Menschen *trotz* gesteigerter Freiheitsgrade zu niedrigerem Lohn länger arbeiten zu lassen? Hier gibt es mittlerweile ganze Branchen für

Menschenführung und Mitarbeitermotivation in Unternehmen. Doch welche Charakterdispositive erzeugt diese Privatisierung des Privaten? Und welche Auswirkungen hat dies auf die Freizeit, welche auf das öffentliche Leben?

Die mittlerweile fast populäre These im Gefolge von Michel Foucault ist, dass auf diese Weise die Individualität der Individuen nicht nur genutzt, sondern dadurch auf gewisse Weise auch allererst diskursiv *erzeugt* wird. Das Kunstwort „Gouvernementalität“ (Bröckling 2000, Foucault 2004) zeigt an, dass Gesellschaften und Individuen gewissermaßen *zugleich* „regiert“ werden sollen: eine Ideologie, eine „Technik des Selbst“ (siehe Rose 1991) stattet die Individuen mit Selbstbildern aus, die gesellschaftlich auf bestimmte Weise funktional sind. Sollte dergleichen wirklich gelingen, wäre dies in Tat effizient, weil die Menschen sich selbst motivieren und daher mehr zu arbeiten bereit sind; zugleich spart man Kosten, weil sich bisherige Überwachungsmechanismen erübrigen und Lohnerhöhungen als „Anreiz“ nicht mehr im Vordergrund stehen.

Natürlich lassen Filme wie *The Manchurian Candidate* oder *Matrix* zugleich daran erinnern, dass das Bild einer solchen Menschenführung nicht nur nicht wünschbar ist, sondern auch hart an der Verschwörungstheorie entlang schrammt. Wenn man diese Ausgangsfrage allerdings mit der neueren Gefühlssoziologie verbindet, entkommt man der Verschwörungstheorie und kann gleichwohl die Umstrukturierungen sowohl der Mentalitäten als auch der Vergesellschaftungsmodi zusammenhängend erfassen. Denn die Diskurse, die aus unternehmernahen Kreisen medial allenthalben genährt werden und die es nun der *Selbstverantwortung* der Individuen anheim stellen wollen, für Alter, Krankheit und Notfälle zu sorgen, können langfristig an unserem emotionalen Haushalt nicht vorbeigehen. In unserem Fühlen greifen wir immer auf Gefühlsklaviaturen zurück, die sozial verfügbar sind (dazu meisterhaft Hochschild 2003). Und solche sozial erwünschten Gefühle entstammten zunehmend dem Empowerment-Diskurs: Die Konjunktur werde nur dann wieder in Gang kommen, wenn die Individuen sich als Unternehmer begriffen („self management“, „Arbeitskraftunternehmer“, Humankapital etc., dazu Bröckling 2004). Daraus resultieren die sozial erwünschten Gefühle von Optimismus und Selbstvertrauen.

Es ist schwer, solchen medial vermittelten, sozial geteilten und erwünschten Gefühlsskripten zu widerstehen – einmal, weil der Mensch ein soziales Tier ist, dann aber auch, weil sie derzeit mit aller Macht auf uns einprasseln, in Arbeit *und* Freizeit (etwa in den Medien, in Filmen etc.). Erwünscht sind Gefühle des Aufbruchs und der steten Begeisterung – allerdings nur für vorgegebene Dinge wie ein gerade zu vermarktendes Produkt, nicht aber für alternative Lebensformen auf einer *anderen* als der marktlichen Ebene. Die Frage ist nur, inwieweit

man realistischerweise so fühlen kann. Gründe für Frustration gibt es genug: so hat sich mit der Selbstverantwortung die Arbeitszeit stark angehoben, meist ohne dass sich dies auszahlt; im Gegenteil. Angst vor Arbeitslosigkeit dürfte dafür mindestens ebenso ausschlaggebend sein wie die verlangte Begeisterung. Geleistete Mehrarbeit wird seltener monetär entlohnt, da die „intrinsische Motivation“ die Mitarbeiter ja besser motiviert als Geld. Mit den längeren Arbeitszeiten und der Öffnung für Individualitätsreserven *on the job* entgrenzt sich die Trennung von Arbeit und Freizeit damit zunehmend. Dies kann im Gegenzug das Privatleben regelrecht aushöhlen (Hochschild 2003). Es kann nicht nur – es tut es auch.

Mit diesem Fühlen-Sollen-Aber-Nicht-Können kann nun eine neue Sorte von Gefühlen, ein reflexives Leid höherer Stufenordnung entstehen, das schwer zu diagnostizieren ist. Dazu gehören vor allem Angststörungen und Depressionen. Sollten sich diese Thesen bestätigen lassen (darüber arbeiten derzeit, wie erwähnt, mehrere Gruppen von Studenten), so wären solche Störungen als Resultate einer Privatisierung des Privaten zu lesen (Henning 2006e, 2007). Im Interesse einer Zukunft des Öffentlichen wären die sozialen Kosten der Entstaatlichung darum neu auszubuchstabieren. Es ist auch gar nicht die Frage, dass es diese gibt, es ist nur die Frage, wer diese zahlen soll – bislang tun es jedenfalls *nicht* die Verursacher. Die Kosten sind allerdings nicht nur monetär: Durch den Rückbau des öffentlichen Sektors werden den Individuen zunehmend auch Rückzugs- und Widerstandsräume genommen, die eine Marktvergesellschaftung nicht vorsieht. Die Kreativität, auf die die neuen Märkte bauen, wird dadurch gleichzeitig untergraben. Die Privatisierung ist also langfristig *self-defeating*. Bis das der Fall ist, kann an ihr gut verdient werden. Nur kann „die Öffentlichkeit“ das nicht wollen.

3. Entpolitierte Öffentlichkeit und Moralisierung der Märkte: Konsum

Gibt es überhaupt ein Paradigma der Gegenmacht zum global agierenden Kapital? (...) Ja, die Gegenmacht der sozialen Bewegung, die auf der Figur des „politischen Konsumenten“ beruht (Ulrich Beck, Süddeutsche Zeitung vom 20. 10. 2004).

Wir konsumieren ohne nachzufüllen, wir ergreifen begrenzte Ressourcen, als wären sie privates Eigentum, unser unkontrollierter Appetit verschlingt immer mehr Schätze der Erde. Wir bekennen, dass wir darin versagt haben, eine prophetische Stimme zu erheben, die laut und anhaltend genug gewesen wäre, um unsere Nation zu globaler Verantwortung für die Schöpfung aufzurufen, dass wir selbst mitschuldig sind an einer Kultur des Konsums, die die Erde schwächt (US-Delegation der Lutheraner beim Weltkirchenrat 2006).

Ein zweiter Gegenstandsbereich, an dem sich eine solche Dialektik erkennen lässt, ist die Entpolitisierung des Öffentlichen und die gegenläufige Politisierung des Privaten, wie sie sich in der Verschiebung öffentlichkeitswirksamer und insofern

„politischer“ Verhaltensweisen von der Politik auf den Konsum zeigt. Die Frage, als was Politik genau zu begreifen sei, lässt sich unterschiedlich beantworten. Als Charakteristikum jedoch steht meist die Selbstgesetzgebung (mit Kant: „Autonomie“) von Menschengruppen im Vordergrund, die sich weniger mit den materialen Inhalten als mit den institutionellen *Formen* des Zusammenlebens beschäftigt. Diese Formen beziehen sich nicht allein auf die Frage, wer als Feind und wer als Freund zu betrachten sein – diese Simplifizierung von Carl Schmitt (1987, ¹1932) gehört zu den verheerendsten Pfadabhängigkeiten in der politischen Theorie –, sondern auch auf Formen von Elitenwechsel und „Führerauslese“ (Max Weber ⁵1980: XI.9: § 5), der Regulierung des Zugangs zu öffentlichen Gütern und knappen Ressourcen, der Ausstattung der Bürger mit Rechten und Sicherheiten, der Gestaltungsspielräume im Privatleben und ähnlichem mehr.

Die „Form“ des Politischen ist in bürgerlich-demokratischen Staaten also zweistufig. Zunächst geht es um Politik als Regelsetzung, dann erst um politische Kämpfe *innerhalb* der gesetzten Regeln. Souverän demokratischer Regelsetzung ist „das Volk“: alle Bürger haben ein Recht darauf, die Regeln des Zusammenlebens selbst zu bestimmen. Diese kollektiven Regeln erlauben dann den geregelten Kampf um die Durchsetzung partikularer Interessen. Hier ist „das Volk“ nicht als konkreter Akteur gegeben, sondern es splittet sich in verschiedene organisierte Akteure auf: Parteien, Verbände und sonstige Interessengruppen. Am Grunde der Demokratie liegt also eine potentielle Spannung, die bereits Rousseau (1981, ¹1762,) beunruhigt hat – daher sah sein idealer Staat auch keine Parteien vor.

In der Tat kommt demokratische Politik in die Krise, wenn die Verhältnisbestimmung von kollektiven und partikularen Interessen nicht mehr gewahrt ist, oder zumindest in der öffentlichen Meinung als nicht mehr gewahrt *gilt*. Das zeigten die jüngsten Skandale um Politikergehälter aus der Wirtschaft deutlich: Sie, die gewählten Vertreter der Allgemeinheit, lassen sich von partikularen Interessengruppen versorgen und damit beeinflussen, und das erregt berechtigten Ärger, eben weil es gegen die Logik der demokratischen Gesamtarchitektur ist (zur Korruption vgl. Jansen/Priddat 2005). Doch *wer* soll die gewählten Vertreter des Volkes zu Raison bringen? Der Ort solcher Einflussnahmen auf die Politik ist nicht mehr nur der begrenzte Raum politischer Institutionen wie Parlament und Regierung, sondern zunehmend auch das Recht und die Medien. Gerade die Entstaatlichung politisiert also den öffentlichen Raum zunehmend. Politische Erregung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit politischer Gestaltungskraft.

Man kann die Ausdehnung der politischen Gestaltbarkeit als Gradmesser der Emanzipation von natürlichen und sozialen Zwängen betrachten. Konservative

Theorien der Politik, wie die Hannah Arendts (1960), wollten ihren Einflussbereich auf rein staatsarchitektonische Handlungen beschränken. Doch die mündig gewordene Gesellschaft erzwang die Öffnung von immer mehr Bereichen, die einer politischen Gestaltung zu unterziehen seien („das Private ist politisch“). So sind der Schutz von Frauen vor ihren Ehemännern, von Kindern vor ihren Eltern, von Angestellten vor der Willkür ihrer Chefs oder auch Tarifautonomie und Kündigungsschutz als moderne Ausdehnungen des Politischen zu betrachten.

Doch diese Art der Freiheitssicherung und -Gewährleistung ist in Verruf gekommen, da sie etwas kostet. Betrachtet man nämlich die Grenzverläufe des politischen Systems in den letzten Jahrzehnten, so zeigt sich, dass es eher *zurück*gegangen ist. Die Grenzen des Nationalstaats wurden schmerzlich deutlich, ohne dass auf europäischer Ebene bislang gleichwertige funktionale Äquivalenzen installiert wären. Die globalisierte Wirtschaft hat dem Nationalstaat Regelungskompetenzen entrisen – ob dies ein gewollter Prozess war, ist umstritten –, ohne dass die globalen Gestaltungsmittel an Sanktionsmacht gewonnen hätten. Sie sind durch den jüngsten Unilateralismus der USA noch zusätzlich geschwächt worden.⁷

Auch für den Einzelnen haben sich die Möglichkeiten zur Gestaltung eher vermindert: die Kommunen, erster Ansprechpartner für direkte politische Belange der Bürger (Stichwort Kindertagesstätten), sind hoch verschuldet; die Macht der Gewerkschaften als Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten liegt am Boden; die Parteien kämpfen mit dem Ruf der Korruption und sind inhaltlich in Detailfragen verbissen, die sich gestalterisch wenig unterscheiden und dennoch bis zum Anbruch der großen Koalition in zunehmender Böswilligkeit diskutiert wurden. Auf kommunaler Ebene lässt sich die eingeschränkte politische Handlungsfreiheit etwa daran ablesen, dass sich in einigen Regionen bereits kaum noch Kandidaten finden, die für ein Bürgermeisteramt kandidieren wollen.

Auch neue Formen des Engagements wie die von Antonio Negri (2004) gefeierte „Multitude“ sind im Grunde kaum zu mehr in der Lage als zu spontanen Willensbekundungen, die zwar medial gut inszeniert sein mögen, aber deren Wirkungsweise gerade darum bislang begrenzt war. Es ist also nicht nur die Handlungsmacht der Politik, die zurückgegangen ist, sondern dies gilt für die

7 Der einzige Bereich, in dem Staaten mehr Aufwendungen aufbringen als zuvor, dürften Sicherheit und Militär sein (Hirsch 1996); aber was dies für die Bürger bedeutet, ist ebenso klar: Bürgerrechte werden dadurch nicht ausgedehnt, sondern ebenfalls eingeschränkt, wie man am US-amerikanischen „Patriot Act“ beispielhaft studieren kann. Auch ist die Gefahr eines zentralisierten Medienapparates, wie er sich in Italien und in den USA herausgebildet hat, nicht so einfach „vom Tisch zu wischen“.

Möglichkeiten und das Ausmaß der politischen Partizipation insgesamt, was sich hierzulande etwa in der mangelnden Wahlbeteiligung zeigt. Auch dies dürfte eine Nebenfolge der Privatisierung sein. Aber was ist die Reaktion der Bürger? Wo findet der Partizipations- und Gestaltungswille ein Ventil?

Der nicht ungebrochenen, doch unzweifelhaft dominanten gesellschaftlichen Entpolitisierung entgegen läuft die zuvor ungekannte Ausdehnung des Marktes als Ordnungsprinzips. Dieser Prozess wurde bereits erwähnt: Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und Energie, die zuvor einer demokratischen Kontrolle und Gemeinnützigkeit unterlagen, sind nunmehr marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismen unterworfen. Dies gilt übrigens auch für familiäre Bereiche; man denke an die McDonaldisierung der Kindergeburtstage oder überhaupt an die wachsende Marktmacht von Kindern (siehe Wilske/Erlen 2002).

Hierfür mag es verschiedene Gründe geben. Vor allem sind es wohl die chronische Verschuldungskrise der öffentlichen Haushalte, die scheinbar effizientere Allokationsweise privater Unternehmen (interessanterweise werden die vielen Firmenbankrotte selten Gegenstand der Betrachtung), und nicht zu vergessen: die gewachsene Deutungsmacht unternehmerischer Gruppen. Diese schon radikal zu nennende Vermarktlichung hat natürlich Auswirkungen für den Einzelnen. Kunde von Dienstleistungen zu sein hat einiges für sich: der Kunde ist bekanntlich König, daher ist in einigen Bereichen der Komfort, wie jeder Besuch in den Vereinigten Staaten lehrt, wo sich eine Dienstleistungsmentalität schon recht weit verbreitet hat, eindeutig gestiegen – wenn man es sich leisten kann.⁸ Doch genau dies, das Es-Sich-Leisten-Können-Müssen, ist der Preis für diese Entwicklung. Die Privatisierung von Dienstleistungen hat den zu Kunden gewordenen Bürgern klare Zugangsbeschränkungen auferlegt. Selbst wenn dies nur 10 Euro Praxisgebühr sind, ist damit die Voraussetzung des Egalitarismus, dem Prinzip des modernen politischen Systems, unterhöhlt.

Auf einen Nenner gebracht lautet das Makrodilemma: das *Ziel* moderner Politik ist egalitär, aber seine Mittel erscheinen momentan als ineffizient. Die *Mittel* des Marktes sind dagegen effizienter, aber sie haben kein Ziel. Sie wirken oder verstärken nebenbei jedoch eine soziale Ungleichheit, die darum in den letzten Jahren stetig zugenommen hat, und es gibt keinen Sozialstaat mehr, der sie auffangen könnte – oder wollte. Neuere sozialwissenschaftliche Literatur fragt darum nicht mehr, wie man diesen Trend aufhalten kann, sondern überlegen, wie man sich am besten mit ihm arrangiert (Hank 2000, Sennett 2002). Der

8 So wird man dort häufig nach dem oder gar während des Einkaufens gefragt, wie einem dieses gefällt, wie es einem geht etc. Erst kürzlich haben auch deutsche Supermärkte derlei eingeführt.

Rückbau des öffentlichen Sektors verändert also ganz klar auch die öffentliche Meinung; ein ideologisches *reenforcement* dessen, was ohnehin geschieht.

Als ein weiterer Effekt der Vermarktlichung hat die Deregulierung die Macht großer Konzerne weiter ansteigen lassen. Kontrollinstanzen sind aufgehoben oder arbeiten zumindest weit weniger wirksam, was einerseits politischer Wille, andererseits auch ein unvermeidbarer Nebeneffekt globalisierter „Wertschöpfungsketten“ ist, die von keiner Instanz mehr zentral überschaubar sind. Es hat daher vielfach Skandale gegeben, in die besonders große Konzerne verwickelt waren (Shell, Enron, Elf-Aquitaine, Volkswagen usw.). Der Schaden für die Verbraucher war hoch: der Verlust an Vertrauen in die Politik, da Volksvertreter bestochen wurden; die Beschränkung der Wahlfreiheit, da kleine Firmen häufig ausgebootet wurden; zuweilen ein Treiben der Preise; unübersehbar eine Minderung der Produktionsbedingungen in sozialer und ökologischer Hinsicht, und vor allem auch eine Minderung der Qualität der Endprodukte, was besonders im Ernährungsbereich fatal sein kann (man erinnere sich an den BSE-Skandal, an das Gammelfleisch und vieles andere). Privatisierung nützt also einigen Privatisiers, schadet aber nicht selten der Öffentlichkeit – wenn man so will: den Stakeholdern im weiteren Sinne (siehe dazu Henning/Huchler 2006).

Vielleicht ist dies der Preis für den forcierten Innovationszwang durch intensivierte Konkurrenz, der auch viele kurzfristige Vorteile hat – man denke an das Preisdumping der Billigflieger oder bei den Handys. Doch dies ist bereits genug, um in der Wahrnehmung der Verbraucher, und das sind wir alle, diesen latent skeptischen Eindruck zu erzeugen. Dieser Eindruck konnte bislang auch durch Hochglanzprospekte und eilig wieder eingeführte Kontrollmechanismen (die allerdings meist auf Freiwilligkeit beruhen) nicht vertrieben werden; im Gegenteil. Ob Deutsche Bank oder Volkswagen, Aldi oder Shell, fast jeder größere Konzern hat in den letzten Jahren unter negativen Schlagzeilen gelitten (Werner 2001); wobei die Leidtragenden der Skandalisierung am Ende meist die Beschäftigten waren; die also, die am wenigsten dafür können.

Es ist vor allem vor *diesem* Hintergrund zu sehen, dass heutige Verbraucher neue Verhaltensweisen an den Tag legen. Es wird bewusster konsumiert, auch ostensiver, wenn auch insgesamt – wie die Analysten sagen – zu wenig. Schon das dürfte ja als eine politische Aussage gelten, als mangelndes Vertrauen in die Zukunft. Doch abgezielt ist hier auf mehr: Was als politisierter Konsum oder als „Moralisierung der Märkte“ (Stehr/Henning/Weiler 2006) bezeichnet werden kann, das meint solche Phänomene wie den wachsenden Markt für ökologische landwirtschaftliche Erzeugnisse, Etiketten für Kleidung ohne Kinderarbeit, „grüne“ oder sonstig saubere Fonds etc., aber auch Boykottaktionen der

Verbraucher, wie die gegen Shell oder gegen die Einführung von GM-food. Die Konsumenten werden wachsam, sie kaufen bewusster und versuchen dadurch Einfluss darauf zu nehmen, was und vor allem *wie* produziert wird.

Dies ist allem voran als eine *Abwehrreaktion* zu verstehen, die sich vom öffentlichen in den privaten Bereich verschoben hat. Das Defensive daran wird klar, wenn man sich die Relationen dieses politisierten Konsums veranschaulicht – er nimmt zu, doch prozentual bewegt er sich nach wie vor im einstelligen Bereich des Marktanteils. Worauf es hier ankommt, ist der Zusammenhang von Veränderungen im öffentlichen Sektor – hier: der Politik – mit Veränderungen im privaten Verhalten. Das von vielen Stellen geforderte Engagement der Bürger in der Zivilgesellschaft zeichnet sich tatsächlich an vielen Stellen ab; nur anders, als es die Fordernden sich vielleicht gedacht haben.⁹

Mit dem Übergang der Handlungsmacht vom öffentlichen in den privatwirtschaftlichen Bereich verschiebt sich auch das Widerstandspotential der Bürger von der traditionellen Politik auf Bereiche, die vormals als privat gegolten haben. Das Problem an dieser Verschiebung ist allerdings, dass *dieser* private Sektor – der Markt – nicht egalitär und damit als politisches Prinzip vormodern ist: im öffentlichen Sektor ist Partizipation ein verbrieftes Recht, im privaten Sektor muss man sie sich leisten können. Und das können nicht alle. Nicht nur nicht alle: die *Mehrheit* kann es nicht. Die fatale Dialektik dieser Verschiebung ist: je mehr Markt wir haben, desto weniger werden sich vermarktlichte Mitspracherechte noch leisten können (MacEwan 1999, Hoffmann 2000, Frank 2001, Reimon 2003). Für die Zukunft des Öffentlichen verheißt dies wenig Gutes.

Welches Fazit lässt sich aus diesen Beobachtungen ziehen? Privatisierung kann ökonomisch sinnvoll sein, sie muss es nicht sein. Schon dies ist eine Frage der Theoriewahl – es hängt davon ab, welche ökonomischen Akteure man überhaupt in die Betrachtung mit einzubeziehen gewillt ist. Davon unabhängig ist allerdings die Frage, was überhaupt als ökonomisches Problem zu gelten hat und welche Bereiche *nicht* unter ökonomischen Gesichtspunkten zu beurteilen sind. Sie kann jedenfalls schon aus logischen Gründen nicht von einer ökonomischen Theorie entschieden werden. Die Zukunft des Öffentlichen hängt nicht unwesentlich davon ab, ob es uns gelingt, diese Fragen neu zu stellen.

9 Dies erinnert an einen alten Spruch aus Wendezeiten: „Was tut das Volk? Es volkt nicht“.

Literatur

- Ahrendt, H. (1960): *Vita Activa oder vom tätigen Leben*, Stuttgart.
- Allmendinger, J. (Hrsg.) (2003): *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002*, Opladen.
- Bakan, J. (2004): *The Corporation. The Pathological Pursuit of Profit and Power*, New York.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main.
- Bollier, D. (2002): Reclaiming the Commons. Why we need to protect our public resources from private encroachment, in: *Boston Review*, Summer, online unter <http://bostonreview.net/BR27.3/bollier.html> (gesehen am 28.08.2006).
- Boltanski, L./Chiapello, È. (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, Th. (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main.
- Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, Th. (Hrsg.) (2004): *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt am Main.
- Demsetz, H. (2002): Toward a theory of property rights II: The competition between private and collective ownership, in: *The Journal of Legal Studies* 31, S. 653-672.
- Duménil, G./Lévy, D. (2005): The neoliberal (counter-)revolution, in: Saad-Filho, A./Johnston, D. (Hrsg.): *Neoliberalism. A Critical Reader*, London, S. 9-19.
- Engell, L. (1992): *Sinn und Industrie. Einführung in die Filmgeschichte*, Frankfurt am Main.
- Foucault, M. (2004): *Geschichte der Gouvernementalität*, hrsg. v. M. Sennelart, 2 Bde. Frankfurt am Main.
- Frank, Th. (2001): *One Market under God. Extreme Capitalism, Market Populism, and the End of Economic Democracy*, London.
- Giegold, S. (2005): Vorwärts in den Steuersenkungsstaat?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Oktober, S. 1183-1194.
- Glißmann, W./Peters, K. (2001): *Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen*, Hamburg.
- Habermas, J. (1958): Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit, in: *Konkrete Vernunft. Festschrift für Erich Rothacker*, Bonn. S. 219-231.
- Habermas, J. (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Darmstadt/Neuwied.
- Hank, R. (2000): *Das Ende der Gleichheit oder warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht*, Frankfurt am Main.
- Hardt, M./Negri, A. (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt am Main.
- Hengsbach, F. (2004): *Der öffentliche Streit um Arbeits- und Lebenszeiten*, im Internet unter: <http://www.st-georgen.uni-frankfurt.de/nbi/pdf/beitrag/arb-leben.pdf>.

- Henning, Ch. (2006 a): *Narrative der Globalisierung. Zur Marxrenaissance in Globalismus und Globalisierungskritik*, Reihe Politik und Geschichte im Karl-Marx-Haus, Trier.
- Henning, Ch. (Hrsg.) (2006 b): *Marxglossar*, Berlin.
- Henning, Ch. (2006 c): Zur Nachhaltigkeit privaten und öffentlichen Engagements. Eine methodenkritische Rekonstruktion von *Engagement und Enttäuschung*, in: Pies, I./Leschke, M. (Hrsg.): *Konzepte der Gesellschaftstheorie Band 12: Albert Hirschman's grenzüberschreitende Ökonomik*, Tübingen (im Druck).
- Henning, Ch. (2006 d): Theoriegeschichte als Therapie: Kleine Geschichte des Klassenbegriffes in der Sozialtheorie, in: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): *Klassengesellschaftlichkeit* (im Druck).
- Henning, Ch. (2006 e): Depression, in: Henning (2006 b), S. 68-77.
- Henning, Ch. (2007): Vom Systemvertrauen zur Selbstverantwortung: Zur Soziologie funktionaler Gefühle im flexiblen Kapitalismus, Working Paper (erscheint 2007).
- Henning, Ch./Huchler, A. (2006): *Realms of Freedom: A Decision Based Approach to Business Ethics*, Paper für die Konferenz Ethical Aspects of Management in Theory and Practice an der FU Berlin, Mai 2006.
- Hildebrandt, M. (2006): Profiles and correlatable humans, in: Stehr, N./Henning, Ch./Weiler, B. (Hrsg.): *Knowledge and the Law: Who Owns Knowledge?*, New Jersey (im Druck).
- Hirsch, J. (1996): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin.
- Hirschman, A. (1982): *Shifting Involvements: Private Interest and Public Action*, Princeton (deutsch als *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*, Frankfurt am Main 1988).
- Hirschman, A. (1997): *Tischgemeinschaft. Zwischen öffentlicher und privater Sphäre*, Wien.
- Hochschild, A. (2003): *The Commercialization of Intimate Life. Notes from Home and Work*, Berkeley.
- Hoffmann, R. (2000): *Nachhaltiger Konsum nur für Reiche? Zum Zusammenhang von Wohlstandsniveau und Konsumverhalten*, Magisterarbeit, Universität Freiburg.
- Honneth, A. (Hrsg.) (2002): *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, Frankfurt am Main.
- Kohli, M. (2003): Der institutionalisierte Lebenslauf: ein Blick zurück und nach vorn, in: Allmendinger (2003), S. 525-545.
- Koslowski, P./Priddat, B. (Hrsg.) (2006): *Ethik des Konsums*, München.
- Küng, E. (1971): *Arbeit und Freizeit in der nachindustriellen Gesellschaft*, Tübingen.
- Lasch, Ch. (1979): *The Culture of Narcissism. American Life in an Age of Diminishing Expectations*, New York.
- Luhmann, N. (1968): *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart.
- MacEwan, A. (1999): *Neoliberalism or Democracy? Economic Strategy, Markets, and Alternatives for the 21st Century*, London.

- Moldaschl, M. (2001): Herrschaft durch Autonomie – Dezentralisierung und widersprüchliche Arbeitsanforderungen, in: Lutz, B. (Hrsg.): *Entwicklungsperspektiven von Arbeit*, Berlin, S. 132-164.
- Moldaschl, M. (Hrsg.) (2002): *Subjektivierung von Arbeit*, Band 1, München.
- Müller, U./Giegold, S./Arheger, M. (Hrsg.) (2004): *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen*, Hamburg.
- Negri, A./Hardt, M. (2004): *Multitude. War and Democracy in the Age of Empire*, New York.
- Noll, K./Weick, S. (2005): Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen. Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben, in: *ISI (Informationsdienst Soziale Indikatoren)*, 33. Januar, S. 1-6.
- Priddat, B./Jansen, S. (Hrsg.) (2005): *Korruption. Unaufgeklärter Kapitalismus – Multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption*, Wiesbaden.
- Reimon, M./Felber, Ch. (2003): *Schwarzbuch Privatisierung. Was opfern wir dem freien Markt?*, Wien.
- Ritzer, G. (2005): *Die Globalisierung des Nichts*, Konstanz.
- Rose, N. (1990): *Governing the Soul. The Shaping of the private Self*. London.
- Rousseau, J.J. (1981, ¹1762): *Der Gesellschaftsvertrag*, Leipzig.
- Rügemer, W. (2006): *Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz*. Münster.
- Schmitt, C. (1987): *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*, Berlin.
- Sennett, R. (1976): *The Fall of Public Man*, London (deutsch: *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens: Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt am Main, 2002).
- Sennett, R. (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin.
- Sennett, R. (2002): *Respekt im Zeitalter der Ungleichheit*, Berlin.
- Stehr, N./Henning, Ch./Weiler, B. (2006): *The Moralization of the Markets*, New Jersey.
- Weber, M. (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Tübingen.
- Werner, K./Weiss, H. (2001): *Schwarzbuch der Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne*, Wien.
- Wilske, J./Erlen, A. (2002): *Mein erstes Shoppingbuch. Ein „Why Do You Shop?“ Buch für Kinder*, Köln.
- Zeller, Ch. (Hrsg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster.